

1. September 2026

CDU Stadtverordnetenfraktion lehnt Vorlage zum Umgang mit den illegalen Anbauten an der Stadtmauer in Dreieichenhain ab

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion lehnt die Vorlage des Magistrats zum Umgang mit den illegalen Anbauten an der Stadtmauer in Dreieichenhain in Ihrem wesentlichen Punkt ab. Die Stadtverordneten zeigen sich irritiert darüber, dass der Magistrat den Weg für eine Legalisierung weiter Teile der illegalen Anbauten und der damit einhergehenden Zerstörung der historischen Stadtmauer frei machen möchte. „Der Magistrat möchte laut der Vorlage für den Bereich der Erbsengasse eine Innenbereichssatzung aufstellen um nach deren „Inkrafttreten eine Legalisierung bisher illegaler (An)Bauten“ durchzuführen. Wir halten dies aus mehreren Gründen für den falschen Weg“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Hartmut Honka.

Zum einen macht der Magistrat mit seinen eigenen Ausführungen deutlich, dass es sich weitestgehend um illegale Bauten handelt. Während an anderen Stellen der Gemarkung in den vergangenen Jahren selbst kleinste illegale Gartenhütten abgeräumt werden mussten, soll hier eine großflächige Amnestie gelten. Zum anderen handelt es sich bei der Stadtmauer um einen Teil des historischen Erbes von Dreieichenhain welches sich zudem im Besitz der Stadt Dreieich befindet. Jegliche Anbauten an diese Stadtmauer haben somit nicht nur das historische Erbe von Dreieichenhain beschädigt oder zerstört, sondern auch das Eigentum der Stadt.

Hartmut Honka weiter: „Es liegt doch noch gar nicht so lange zurück, dass aufgrund des Engagements des Geschichts- und Heimatverein Dreieichenhain (GHV) die Stadt den Faselstall zurück erworben hat, um ihn nun in einem gemeinsamen Projekt zusammen mit den Verein eine Zukunft zu geben. Da zu den Vereinszwecken des GHV u.a. „Schutz und Erhaltung der vorhandenen historischen Bauwerke und Anlagen, wie das Hengstbachtal und Wallgrabengelände“ (§ 3 Ziffer 2.1 Satzung des GHV) gehören, verwundert es sehr, dass die Bauverwaltung unter Leitung des Ersten Stadtrates vorschlägt, die historische Stadtmauer in diesem Bereich faktisch

aufzugeben und nicht gemeinsam mit dem Verein und den Behörden des Kreises für eine dauerhafte Sicherstellung eintreten möchte.“